

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

 gemäß § 10 Absatz 1 der LUBW-Satzung



Baden-Württemberg

1	GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN	3
1.1	Gesetzliche Grundlagen	3
1.2	Unternehmensstruktur	3
1.3	Wirtschaftliches Umfeld	4
1.4	Arbeitsschwerpunkte	5
1.5	Personal	6
2	ERTRAGSLAGE	7
3	FINANZLAGE	8
4	VERMÖGENSLAGE	8
5	BERICHT ZU CHANCEN UND RISIKEN	9
6	PROGNOSEBERICHT	11

1 GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN

1.1 Gesetzliche Grundlagen

Durch das „Gesetz zur Vereinigung der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg und der UMEG, Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit Baden-Württemberg“ wurden die beiden Einrichtungen zum 1. Januar 2006 zur Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) fusioniert. Die Anstalt führt seit dem 1. Dezember 2017 die Bezeichnung „Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg“. Das LUBWG wurde zuletzt durch Artikel 45 des Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse vom 11. Februar 2020 geändert.

Die Aufgaben der LUBW sind in § 2 des LUBWG geregelt und werden in § 1 der Satzung aufgefächert. Die LUBW unterstützt die Landesregierung in Fragen des Umwelt- und des Klimaschutzes, des Natur- und des Strahlenschutzes, der Nachhaltigkeit, des technischen Arbeitsschutzes sowie der Anlagen- und der Produktsicherheit. Zu den Aufgaben der LUBW gehören neben der Vollzugsunterstützung auch gutachterliche und konzeptionelle Tätigkeiten.

Der Verwaltungsrat der LUBW hat am 21. Juli 2023 gemäß § 13 Absatz 1 des LUBWG eine Satzungsänderung beschlossen, die am 9. August 2023 im Staatsanzeiger bekannt gemacht wurde.

1.2 Unternehmensstruktur

Die LUBW ist in die sechs Abteilungen Zentrale Dienste, Nachhaltigkeit und Naturschutz, Technischer Umweltschutz, Wasser, Kompetenzzentrum Umweltinformatik sowie Messtechnik und Analytik mit insgesamt 27 Referaten gegliedert.

Die notwendigen Regelungen der Geschäftsordnung sind im LUBW-Handbuch dargelegt. Es schafft klare Strukturen und gibt für die vorhandenen Managementsysteme – Umweltmanagement, Qualitätsmanagement, Nachhaltigkeitsmanagement, Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit, Leitlinien für Informationssicherheit in der LUBW, Risikomanagement sowie als Folge der Corona-Pandemie Krisenmanagement – einen einheitlichen Rahmen vor. Das Handbuch ist über das Intranet der LUBW für alle Beschäftigten jederzeit aktuell verfügbar.

1.3 Wirtschaftliches Umfeld

Im Folgenden beziehen sich Angaben in Klammern grundsätzlich auf das Vorjahr.

Das Jahr 2023 stand laut IWF weltweit im Zeichen gedämpfter kurz- und mittelfristiger Wachstumsaussichten sowie allgemeiner wirtschaftlicher Abwärtsrisiken auf Grund der Maßnahmen zur Eindämmung der weiterhin erhöhten Inflation als Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine, welche die Konjunktur und makrofinanzielle Stabilität weltweit belastet und den Finanzsektor stresst. Die Bewältigung der weltwirtschaftlichen Risiken wird laut IWF durch die zunehmende geoökonomische Fragmentierung erschwert, zudem erschwere wachsender Protektionismus den globalen Handel und zerstöre allmählich die mühsam errungenen Vorteile internationaler Handelsbeziehungen. Die Schuldenanfälligkeit der Staaten sei hoch, geopolitische und soziale Spannungen gingen weiterhin mit Armut und Ungleichheit einher. Zudem seien mit 350 Millionen Menschen in 79 Ländern so viele Menschen wie nie von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen. Dennoch geht der IWF von einem moderaten globalen Wirtschaftswachstum in 2024 von 3,1 % aus. Das Bruttoinlandsprodukt in der Europäischen Union stieg in 2023 um lediglich 0,5 %. Passend zu diesem sehr niedrigen Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union beschloss die Europäische Zentralbank Ende 2023, den Leitzins im Euroraum nicht weiter zu erhöhen. Sie beließ den Leitzinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 4,5 % (2,5 %). Als Gründe für ihre Entscheidung nannte sie ein Nachlassen der Inflation im Euroraum sowie negative Effekte der Leitzinserhöhungen auf die Wirtschaft.

Eurostat, das statistische Amt der Europäischen Union, zeigt im Dezember 2023 auf, dass die Preise für Lebensmittel mit einer jährlichen Inflationsrate von über 6,1 % in 2023 Haupttreiber der Inflation gewesen seien, wohingegen die jährliche Inflationsrate im Bereich Energie um 6,7 % gesunken sei, was sich deutlich in der komponentenübergreifenden jährlichen Inflationsrate im Euroraum zeige. Die jährliche Inflationsrate im Euroraum fiel zum Ende 2023 auf 2,9 %, was ein deutlicher Rückgang im Vergleich zum Vorjahr (9,2 %) ist.

Die deutsche Wirtschaftsleistung ist 2023 leicht gesunken. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamts preisbereinigt um 0,3 % (1,9 %) niedriger als im Vorjahr. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung entwickelte sich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich. So ist laut dem Statistischen Bundesamt die Wirtschaftsleistung im produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) deutlich um 2,0 % gesunken. Die meisten Dienstleistungsbereiche, allen voran der Bereich Information und Kommunikation mit einem Wachstum von 2,6 %, hätten die Wirtschaft in 2023 stützen können. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland stieg laut dem Statistischen Bundesamt um 0,7 % im Vergleich zum Vorjahr, auf ein erneutes Rekordhoch von 45,9 Millionen (45,6 Millionen).

Das Bundesministerium für Finanzen teilt mit, dass die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden (ohne Gemeindesteuern) im Haushaltsjahr 2023 829,8 Milliarden Euro betragen, was einem Anstieg von knapp 2 % gegenüber dem Vorjahr entspreche. Laut der Oktobersteuerschätzung des Finanzministeriums Baden-Württemberg belaufen sich die Steuereinnahmen im Land für das Jahr 2023 auf rund 1,8 Milliarden Euro, 182 Millionen Euro weniger, als im Haushaltsansatz 2023 angegeben.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung der Steuereinnahmen hatten auch 2023 keinen direkten Einfluss auf das Basiskapital der LUBW. Die Einlagen des Landes in das Basiskapital betragen TEUR 22.609,8 (TEUR 19.386,4). Als zweckgebundene sonstige Einlagen des Landes erhielt die LUBW TEUR

17.358,8 (TEUR 17.739,7). Zusammen mit Erträgen von TEUR 6.299,3 (TEUR 6.187,9) und Naturalzuschüssen von TEUR 32.564,3 (TEUR 32.308,1) betragen die Deckungsmittel der LUBW insgesamt TEUR 78.832,1 (TEUR 75.622,2). Die zur Erfüllung der Aufgaben des Jahresarbeitsprogramms benötigten finanziellen Mittel standen zur Verfügung. Die zusätzlichen politischen Schwerpunkte der Landesregierung wurden weitgehend berücksichtigt.

1.4 Arbeitsschwerpunkte

Im Jahresarbeitsprogramm für das Jahr 2023 sind die zu erledigenden Fachaufgaben detailliert dokumentiert. In den Quartalsberichten wird über den Erfüllungsgrad regelmäßig informiert.

Ein wichtiger Schwerpunkt lag wie schon in den Vorjahren auf dem Klimaschutz und der Klimawandelanpassung. Insbesondere ist hier die Entwicklung des KlimaAtlas+ (PLUS) zu nennen, für den 2023 die landesweite Klimaanalyse entwickelt wurde, die als Fachgrundlage für Planungsprozesse von kommunaler bis Landesebene dient. Weitere Projekte (Auswahl) sind die Vernetzung von Akteuren im Bürgerschaftlichen Klimaschutz, die Regionalveranstaltungen „Kommunen JETZT klimaresilient machen!“ und Informationsprodukte wie FAQ-Themenpapiere. Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich Klima war der klimatische Jahresrückblick auf das Jahr 2022, der mittlerweile seit 2018 jährlich erstellt wird.

Für den digitalen Relaunch der Umweltdaten 2024 als online-Bericht auf dem Umweltportal Baden-Württemberg fanden wichtige Vorarbeiten statt. Die Inhalte wurden dabei textlich zur verständlicheren Präsentation neu konzipiert und die Autorinnen und Autoren über einen Workshop und Videos geschult.

Beim landesweiten, von der LUBW konzipierten und koordinierten, Insektenmonitoring, wurde eine neue Schlupfwespenart entdeckt. Diese neue Art wurde vom Staatlichen Museum für Naturkunde Stuttgart zu Ehren des Ministerpräsidenten als Aphanogmuskretschmanni benannt. Der Fund zeigt, dass ein systematisch betriebenes Monitoring in der sogenannten Normallandschaft nicht allein der Überwachung der Insektenbestände dient, sondern auch für die Wissenschaft wertvolle Erkenntnisse liefert.

Beim Kompensationsverzeichnis BW lag der Schwerpunkt 2023 auf der Anwendungsentwicklung, bei der visuelle Entwicklungstools und grafische Benutzeroberflächen verwendet werden, um Anwendungen mit minimalem handgeschriebenen Code (Low Code Verfahren) zu erstellen.

Mit der Herausgabe der aktualisierten Roten Liste der Farn- und Blütenpflanzen konnte ein weiterer Meilenstein erreicht werden. Der Anteil gefährdeter Arten ist im Vergleich zur letzten veröffentlichten Roten Liste unverändert geblieben.

Im Rahmen des Wissenschaftsfestivals EFFEKTE in Karlsruhe Ende Juni 2023 präsentierte die LUBW ihre Arbeit mit den Themen Energiewende, Photovoltaik, Energieatlas Baden-Württemberg, Radon sowie der Überwachung der Wasserqualität mithilfe von Drohnen und Satelliten. Für 2024 laufen bereits die Planungen für eine erneute Teilnahme der LUBW.

Mitte Oktober 2023 starteten Messungen für das Projekt „Großräumige Ermittlung von Funkwellen in Baden-Württemberg“. Das Messprogramm wiederholt an 600 Messpunkten die in den Jahren 2003 und 2009 erstmals durchgeführten Untersuchungen. Ziele sind u. a. eine repräsentative Erfassung der Einwirkungen

durch Funkwellen sowie die Darstellung der Veränderungen zu vorangegangenen Messungen. Abschluss des Projekts ist das zweite Halbjahr 2024.

Seit Mitte Oktober 2023 sind die aktuellen Daten zur Umgebungslärmkartierung abrufbar. Die Daten bilden die Grundlage für die Lärmaktionsplanung der Kommunen. Erstmals erfolgten die Berechnungen nach nun europaweit vereinheitlichten Vorschriften. Diese Anpassungen führten zu einer deutlichen Ausweitung der vom Lärm betroffenen Gebiete. Die Aktualisierung erfolgt alle fünf Jahre durch die LUBW.

Im Rahmen eines Amtshilfeersuchens des Landratsamts Neckar-Odenwald-Kreis hat die LUBW nach einem Polizei- und Feuerwehreinsatz eine radiologische Bewertung von in einem Lagergebäude in Walldürn vorgefundenen radioaktiven Chemikalien durchgeführt. Bei dem Einsatz wurden vier Chemikalien als radioaktive Stoffe identifiziert. Auf Basis der durchgeführten radiologischen Messungen sowie den vor Ort ergriffenen Schutzmaßnahmen bestand für die Einsatzkräfte keine Gefährdung durch die radioaktiven Stoffe.

Als neues Angebot der LUBW steht das Informationsportal des Niedrigwasserinformations-zentrums (NIZ) zur Verfügung. Dieses bündelt Informationen, Daten und niedrigwasserrelevante Produkte und dient der Umsetzung des 12-Punkteplanes der Wassermangelstrategie BW. Zentrales Ziel ist eine schnell erfassbare Übersicht zur aktuellen Niedrigwasser- bzw. Wassermangellage. Zielgruppen sind Behörden, die betroffene Öffentlichkeit und Medien. Das Angebot wird schrittweise um weitere Produkte ergänzt.

Das Projekt SAMOSEE-BW des Instituts für Seenforschung (ISF) wurde im September mit dem ersten Preis beim 22. eGovernment-Wettbewerb in der Kategorie „Nachhaltigkeit und Digitalisierung“ ausgezeichnet.

1.5 Personal

Die LUBW hatte am 31. Dezember 2023 insgesamt 553 (542) aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr 2023 hatten insgesamt neun Studierende der Dualen Hochschule Baden-Württemberg bei der LUBW ihren Ausbildungsplatz. Zwei Chemielaborantinnen und ein Bürokaufmann befanden sich in der Ausbildung.

Der durch den Verwaltungsrat für 2023 genehmigte Stellenplan für Anstaltsangestellte wies 114,9 (114,9) Stellen aus. Zusätzlich enthielt der Stellenplan 9,3 (9,3) direkt aus den Mitteln des Betriebs gewerblicher Art finanzierte Stellen. [...] Für die Anstaltsangestellten betragen die Ausgaben für Gehälter und soziale Aufwendungen TEUR 9.017,6 (TEUR 8.257,7). [...]

Für die Anstaltsangestellten, die vor dem 1. Januar 2009 eingestellt wurden, gelten die Regelungen des TÜV-Tarifvertrages. Neueinstellungen im Anstaltsteil erfolgen seit dem 1. Januar 2009 über den am 23. März 2008 abgeschlossenen Haustarifvertrag. Danach finden die gleichen tariflichen Regelungen Anwendung, die auch für Landesbeschäftigte gültig sind. Für das Landespersonal (Landesbeamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte des Landes) sind die beamtenrechtlichen Bestimmungen bzw. der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) maßgebend.

[...]

Der Staatshaushaltplan 2023 wies für das Jahr 2023 im Stellenplan der LUBW für Landespersonal 467,5 (460,5) Stellen aus.

[...]

Die Gesamtausgaben für das Landespersonal betragen TEUR 28.034,1 (TEUR 27.771,7). [...]

2 ERTRAGSLAGE

In den Quartalsberichten wurden nach § 6 Abs. 4 der Satzung der LUBW die wesentlichen Planabweichungen aufgezeigt und erläutert.

Die Erträge im Geschäftsjahr 2023 liegen mit TEUR 6.299,3 (TEUR 6.187,9) um TEUR 111,3 über dem Wert des Vorjahres und TEUR 1.519,3 über dem Planwert. [...]

Im Betrieb gewerblicher Art wurden TEUR 1.901,3 (TEUR 1.979,8) Umsatzerlöse erzielt; das sind TEUR 525,8 mehr als geplant. Hiervon betragen die Umsatzerlöse im Betrieb des Anlagenkatasters TEUR 1.356,8 (TEUR 1.318,9). Den Umsatzerlösen standen direkte Kosten von TEUR 345,8 (TEUR 355,1), Personalaufwand von TEUR 445,1 (TEUR 561,7) und Kosten der internen Leistungsverrechnung von TEUR 289,4 (TEUR 374,8) sowie indirekte Kosten von TEUR 168,0 (TEUR 202,2) gegenüber. Es wird ein Gewinn in Höhe von TEUR 676,3 (TEUR 497,7) vor Steuern ausgewiesen.

Aus hoheitlichen Beistandsleistungen konnten TEUR 0,8 (TEUR 45,6) Erträge erzielt werden. Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich auf TEUR 2.381,0 (TEUR 1.839,7) und liegen um TEUR 201,0 über dem geplanten Wert. Davon betragen die zweckgebundenen Zuwendungen Dritter für laufende Projekte TEUR 2.091,2 (TEUR 1.530,3).

[...]

Die Personalkosten betragen insgesamt TEUR 37.051,8 (TEUR 36.029,6); [...]

Der Aufwand für bezogene Leistungen beträgt TEUR 28.988,8 (TEUR 27.375,0), er liegt um TEUR 1.613,8 über dem Vorjahreswert. Der Planwert für bezogene Leistungen wird 2023 um TEUR 938,8 überschritten. Ursächlich sind u.a. geringe Aufwendungen für die Nach-konditionierung der radioaktiven Altabfälle und Verschiebungen im Zeitplan für den Neubau.

Die Abschreibungen liegen mit TEUR 3.961,7 (4.535,3) um TEUR 161,7 unter dem geplanten Wert. Die Investitionen liegen mit TEUR 4.672,7 um TEUR 1.812,3 unter dem Planwert. Grund sind neben Verzögerungen bei den Beschaffungsverfahren und Lieferverzögerungen insbesondere Verschiebungen im Terminplan für den Neubau, den Umbau des Messschiffes Kormoran sowie für die Einführung des Dokumentenmanagementsystems für die Wissensplattform Umweltverwaltung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen ohne den Aufwand für überlassene Liegenschaften um TEUR 200,1 unter dem geplanten Wert.

[...]

Unter Berücksichtigung der Steuern von Einkommen und Ertrag beträgt das Ergebnis nach Steuern TEUR -72.834,2 (TEUR -70.641,7). Nach Berücksichtigung der sonstigen Steuern ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von TEUR -72.841,8 (TEUR -71.031,5).

Dem Jahresfehlbetrag stehen die Einlagen des Landes in das Basiskapital, die sonstigen Einlagen des Landes, der Naturalzuschuss für die Überlassung der Landesbeschäftigten und der Naturalzuschuss für die Überlassung der Liegenschaften gegenüber.

3 FINANZLAGE

Zum 31. Dezember 2023 beträgt das Eigenkapital TEUR 10.898,8 (TEUR 11.207,7). Die Einlagen des Landes liegen mit TEUR 72.532,9 (TEUR 69.434,2) unter dem Jahresfehlbetrag von TEUR -72.841,8 (TEUR -71.031,5). Das Eigenkapital sinkt gegenüber dem Vorjahr insgesamt um TEUR 308,9.

Die Einlagen des Landes stellen keine unzulässigen Beihilfen nach Artikel 107 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) dar.

Im Finanzplan 2023 waren für die LUBW Einlagen des Landes in das Basiskapital in Höhe von TEUR 25.226,1 (TEUR 21.629,6) geplant. Das Umweltministerium hat mit Schreiben vom 20.02.2023 den Zuschuss für die LUBW auf TEUR 24.684,0 festgelegt (zusätzlich TEUR 31,5 für die Sachmittelpauschale Neustellen, abzüglich TEUR 573,6). [...]

Die sonstigen Einlagen des Landes werden für konkrete Projekte zweckgebunden zugewiesen. Für 2023 war geplant, dass der LUBW TEUR 18.000,0 sonstige Einlagen des Landes zur Verfügung gestellt werden. Zuweisungsschreiben liegen in Höhe von insgesamt TEUR 27.476,5 vor. Im Rahmen der Liquiditätssteuerung wurden bis zum Ende des Jahres 2023 TEUR 17.358,8 (TEUR 17.739,7) zur Auszahlung angefordert und überwiesen. [...]

[...]

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen zum 31. Dezember 2023 TEUR 8.299,7 (TEUR 6.482,8); es bestanden sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 204,0 (TEUR 263,9).

4 VERMÖGENSLAGE

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2023 Zugänge zum Anlagevermögen in Höhe von TEUR 4.672,7 (TEUR 2.720,0) aktiviert. Die Abschreibungen betragen TEUR 3.961,7 (TEUR 4.535,3). Der Wert des Anlagevermögens stieg um TEUR 709,6 von TEUR 11.908,5 am 31. Dezember 2022 auf TEUR 12.618,1 am 31. Dezember 2023. Darin enthalten sind die geleisteten Anzahlungen von insgesamt TEUR 276,1 für die Nutzungsgebühr der Glasfaserkabelnutzung im Neubau Großoberfeld, für Akustiklamellen im Neubau Großoberfeld und für zwei Sartorius Waagen. Auf den Betrieb gewerblicher Art entfallen Investitionen in Höhe von TEUR 2,6 (TEUR 8,7).

[...] Die in den sonstigen Vermögensgegenständen enthaltenen Zuwendungen Dritter betragen TEUR 895,1 und sind aufgrund von neuen Drittmittelprojekten (u.a. Projekt ERMES-ii Rhein 2022-2025: Entwicklung der Qualität des Grundwassers im Oberrheingraben) im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 359,2 gestiegen.

Die Liquidität der Anstalt war im Geschäftsjahr 2023 stets ausreichend. Der Zahlungsverkehr der LUBW wird über die Landesoberkasse Baden-Württemberg (LOK) abgewickelt. Die freien Mittel stehen der LUBW im Cash Pool des Landes zur Verfügung. Die liquiden Mittel erhöhten sich um TEUR 459,2 und betragen zum 31. Dezember 2023 TEUR 12.316,0 (TEUR 11.856,8). Den liquiden Mitteln der LUBW stehen Verpflichtungen gegenüber, vor allem noch offene Bestellobligos, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die verfügbaren Mittel für die Konditionierung radioaktiver Abfälle.

5 BERICHT ZU CHANCEN UND RISIKEN

Das 1998 in Kraft getretene Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) fordert für alle Kapitalgesellschaften die Einführung eines Risikomanagementsystems. Die LUBW muss nach § 9 Abs. 2 des LUBWG ihren Jahresabschluss entsprechend den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften erstellen. Nach § 6 Abs. 5 der LUBW-Satzung ist die LUBW verpflichtet, ein Risikomanagementsystem einzurichten. Im Rahmen des Risikomanagementsystems werden auftretende Risiken nach Risikobereichen gegliedert und entsprechend einer individuell vorgenommenen Risikoeinschätzung bewertet. Das Risikohandbuch und der Bericht Risikomanagement 2023 sind im Intranet der LUBW für alle Beschäftigten zugänglich.

Mit der Satzungsänderung vom 19. Juli 2013 wurde der Public Corporate Governance Kodex (PCGK) in der LUBW verbindlich eingeführt. Im Corporate Governance Bericht erklären die Präsidentschaft und der Verwaltungsrat der LUBW insbesondere, dass sämtlichen Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg entsprochen wurde und diesen Empfehlungen auch künftig entsprochen wird.

[...]

Die Aufgaben der LUBW sind im LUBWG geregelt. Für die Erfüllung dieser Aufgaben entstanden der LUBW 2023 Aufwendungen in Höhe von insgesamt TEUR 79.141,0 (TEUR 77.219,4). Dabei wurden die bezogenen Leistungen in Höhe von insgesamt TEUR 29.988,8 TEUR zu mehr als 50% mit sonstigen Einlagen des Landes finanziert. Mit den sonstigen Einlagen des Landes werden der LUBW zweckgebundene Mittel für festgelegte Aufgaben zugewiesen. Es ist darauf zu achten, dass trotz dieser Finanzierungsstruktur der Handlungs- und Gestaltungsspielraum der LUBW nicht eingeschränkt wird.

Die Arbeitsfelder der LUBW haben nach wie vor hohe politische Relevanz und werden in der Öffentlichkeit und in den Medien vermehrt wahrgenommen. Dementsprechend ist die Expertise der LUBW sowohl im politischen Raum, als auch in der breiten Öffentlichkeit weiterhin gefragt. So beispielsweise in den Themenfeldern Klimawandel und (Grund-)Wasser. In Abstimmung mit den beteiligten Ministerien werden im Jahresarbeitsprogramm für bedeutsame Vorhaben Schwerpunkte gebildet. Viele dieser Projekte betreffen die digitale Bereitstellung und Verwaltung von Daten für die Öffentlichkeit und den Verwaltungsvollzug, beispielsweise im Rahmen des Klimaatlas+(Plus), der Entwicklung eines landesweiten Kompensationsverzeichnisses und

des digitalen Relaunch der Umweltdaten 2024 als online-Bericht auf dem Umweltportal Baden-Württemberg. Werden der LUBW für neue Schwerpunkte wie bisher entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt, bietet sich die Chance, neue Aufgaben und Tätigkeitsfelder zu erschließen. Ansonsten muss die LUBW die Ressourcen aus eigenen Mitteln zur Verfügung stellen. Dies schließt das Risiko ein, dass die LUBW ihre gesetzlichen Aufgaben nicht mehr in vollem Umfang erfüllen kann.

[...]

In der mittelfristigen Wirtschaftsplanung 2023 hat die LUBW die Annahme getroffen, dass die sonstigen Einlagen des Landes dauerhaft TEUR 18.000 betragen. Im Basiskapital stehen für die Jahre 2023/ 2024 ausreichende Mittel zur Finanzierung des durch die LUBW zu tragenden nutzerseitigen Mehrbedarfs bei der Neuunterbringung an einem zentralen Standort in Grobberfeld zur Verfügung.

In Karlsruhe ist die LUBW mit rund 500 Beschäftigten derzeit in fünf Gebäuden untergebracht. Für die zentrale Unterbringung der LUBW in Grobberfeld werden neben dem Bestandsgebäude ein Labor- und ein Bürogebäude errichtet. Das bestehende Gebäude wird anschließend umgebaut. Aus der Konzentration auf einen Standort ergeben sich Chancen für organisatorische Entwicklungen und Synergieeffekte. Die ersten Umzüge sind für das Spätjahr 2024 geplant. Bauherr ist das Land Baden-Württemberg. Die Gesamtbaumaßnahme ist im Staatshaushaltsplan 2023/2024 bei Kapitel 1208 in Höhe von TEUR 70.130 etatisiert. Die Inanspruchnahme der projektscharfen Risikovorsorge in Höhe von TEUR 14.690 für die genehmigten Mehrkosten des ersten Bauabschnitts auf Basis der vierten Nachtragsbauunterlage wurde genehmigt. Für die seitens der LUBW nutzerseitig zu tragenden Kosten und Investitionen, beispielsweise für IT-Komponenten, Umzüge, Inneneinrichtung und Medientechnik in Besprechungsräumen, sind im Staatshaushaltsplan 2023/2024 für das Jahr 2023 zweckgebundene Mittel in Höhe von TEUR 3.208 eingestellt. Da sich die Fertigstellung des Neubauprojekts verzögert, sind die für das Haushaltsjahr 2023 zur Verfügung stehenden Mittel nur zum Teil abgeflossen. Das Finanzministerium hat in die vom Verwaltungsrat beschlossene Bildung einer zweckgebundenen Rücklage „Neubau LUBW“ in Höhe von TEUR 2.438 eingewilligt. Die zweckgebundene bilanzielle Rücklage wird als Unterposition im Eigenkapital der LUBW ausgewiesen. Damit stehen diese zweckgebundenen Mittel im Geschäftsjahr 2024 für die Finanzierung des nutzerseitigen Mehrbedarfs bei der Neuunterbringung der LUBW zur Verfügung und ergänzen die gemäß dem Staatshaushaltsplan für das Jahr 2024 zur Verfügung stehenden Mittel von TEUR 3.110.)

[...]

Der Schwerpunkt in der Strategieentwicklung der LUBW liegt derzeit auf den Themen interner und externer Bürokratieabbau sowie in die Zukunft gerichtet in der organisatorischen und mentalen Vorbereitung auf den Umzug in den LUBW-Neubau. Viele der Vorhaben, die überwiegend die internen verwaltungsorganisatorischen Prozesse betreffen, konnten abgeschlossen werden oder werden im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses („Innovationen zur Verbesserung LUBW-interner Abläufe“) weiterbearbeitet. Wichtige zukünftige Themen sind u.a. der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) sowie zukünftige Personalgewinnung u.a. mit Hilfe des im Februar 2024 freigeschalteten IT-gestützten Bewerbungsmanagementverfahrens.

Im Rahmen der Konsolidierung der IT-Infrastruktur der LUBW wurden in Abstimmung mit den Fachzentralen (Hochwasservorhersagezentrale, Kernreaktorfernüberwachung, Messnetz-zentrale) die Bedingungen für

eine zentrale IT-Infrastruktur für den LUBW-Neubau unter der Berücksichtigung von BSI-Grundsicherungsanforderungen definiert. Für den ersten Bauabschnitt wurden 2022 die redundante LVN-Anbindung einschließlich W-LAN und Telefonie im Neubaus sowie die aktiven Netzwerkkomponenten beauftragt. Zudem wurde die Abstimmung des Firewallkonzepts mit der BITBW bezüglich der Messnetzzentrale abgestimmt und beauftragt. Unabhängig von den aufwändigen Überlegungen zum LUBW-Neubau hat das Kompetenzzentrum Umweltinformatik (KUI) verschiedene IT-Fachanwendungen für die Umwelt- und Naturschutzverwaltung modernisiert. Das jährliche Update für WIBAS (Informationssystem Wasser Immissionsschutz Boden Abfall Arbeitsschutz) erfolgt seit 2023 genauso wie der Abgleich der Hochwasserrisikomanagementkarten cloudbasiert. Aus den Mitteln der Digitalisierungsstrategie des Landes finanziert die LUBW drei Digitalisierungsvorhaben, u.a. den digitalen Ranger zum interaktiven Erleben der Natur. Im Rahmen einer Aufgabenkonsolidierung für Portalanwendungen im Umwelt-Ressort, wurden die IT Kapazitäten im KUI konzentriert. Damit einher ging die Verlagerung der IT Verantwortung für sämtliche Portale des UM einschließlich Intra- und Internet zur LUBW.

Durch die Neuregelung des § 2b UStG, die zum 1. Januar 2017 in Kraft getreten ist, wurde die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand vollständig neugestaltet. Die LUBW hat mit Datum vom 12. Dezember 2016 eine Optionserklärung beim Finanzamt abgegeben. Das Bundesfinanzministerium hat mit dem Jahressteuergesetz 2022 die Voraussetzungen für eine Verlängerung der Optionsregelung um zwei weitere Jahre geschaffen, so dass die LUBW die bisherige umsatzsteuerliche Rechtslage bis zum 31. Dezember 2024 unverändert fortführen wird. Die Vorarbeiten bezüglich der neuen Umsatzsteuerregelungen werden in der LUBW weiterbetrieben.

Im Zuge des Ukrainekrieges, des Konflikts im Nahen Osten und im Verhältnis zwischen den USA und China besteht jeweils die Gefahr einer Verschärfung der Konfliktsituation mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (u.a. Anstieg der Inflationsrate, Anstieg der Risiken in den Lieferketten, mögliche Zinsanhebungen und Rezessionsrisiken).

Weitere wirtschaftliche und finanzielle Risiken, welche die Entwicklung der LUBW, die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage nachhaltig beeinträchtigen oder gefährden könnten, sind nicht erkennbar.

6 PROGNOSEBERICHT

Im Staatshaushaltsplan 2024 werden als Zuschuss in das Basiskapital der LUBW TEUR 25.513,9 geplant. Darin enthalten sind wie im Vorjahr TEUR 1.300, die im Staatshaushaltsplan im Kapitel 1005 „Wasser und Boden“ ausgewiesen werden. Im Staatshaushaltsplan 2024 sind beim Zuschuss in das Basiskapital, wie im Vorjahr, dauerhaft Mittelansätze für den Klimaschutz von TEUR 1.000 bzw. für die Nachkonditionierung radioaktiver Altabfälle von TEUR 800 enthalten. Weiter sind für die Finanzierung des nutzerseitigen Mehrbedarfs bei der Neuunterbringung der LUBW TEUR 3.110 im Kapitel 1010 berücksichtigt. Im Vollzug hat die LUBW 2024 eine Einsparung von TEUR 490,3 zu erbringen. Nachdem im Haushaltsjahr 2023 sieben Neustellen zugegangen waren, sind für das Jahr 2024 im Staatshaushaltsplan keine weiteren Neustellen ausgewiesen.

Der Verwaltungsrat hat in der 38. ordentlichen Sitzung am 9. Dezember 2023 dem Wirtschaftsplan 2024 mit Jahresarbeitsprogramm, Erfolgsplan, Finanzplan, Investitionsplan, Stellenübersicht und fünfjähriger vorausschauender Wirtschaftsplanung zugestimmt. Der Wirtschaftsplan wurde vom Umweltministerium mit

Schreiben vom 7. März 2024 genehmigt. In diesem wurde geplant, dass der LUBW sonstige Einlagen des Landes in Höhe von TEUR 18.000 zugewiesen werden. Wesentliche Fachaufgaben, die durch die sonstigen Einlagen des Landes finanziert werden, sind: Die Kartierung, das Monitoring und Management gefährdeter Arten- und Lebensraumtypen, die Untersuchung von Fließgewässern nach Wasserrahmen-richtlinie, die Probennahme und Analyse von Nitrat und Pflanzenschutzmitteln im Grundwasser im Rahmen der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO) sowie für UIS-Komponenten und die nutzenden Systeme (Fachanwendungen).

Der Erfolgsplan weist für das Geschäftsjahr 2024 einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 78.154,9 aus, der über die im Finanzplan dargestellten Deckungsmittel im Wesentlichen ausgeglichen wird. Im Geschäftsjahr 2024 sind Erträge in Höhe von TEUR 5.180 geplant, davon TEUR 1.600 Umsatz im Betrieb gewerblicher Art. Die Planung der Aufwendungen für „Landespersonal“ sowie für „Gehälter und soziale Aufwendungen“ berücksichtigt die mit Tarifvertrag vom 9. Dezember 2023 beschlossenen Tarifsteigerungen und die Kosten für Stufen- und Zeitaufstiege. Der Tarifabschluss wird für das verbeamtete Landespersonal übernommen. Im Wirtschaftsplan 2024 sind Investitionen in Höhe von TEUR 6.463 vorgesehen. Damit sind die geplanten Investitionen, u.a. aufgrund der Neuunterbringung der LUBW, deutlich höher als die erwarteten Abschreibungen von TEUR 4.200.

Mit den Einlagen des Landes in das Basiskapital, die der LUBW nach derzeitiger Planung im Geschäftsjahr 2024 zur Verfügung stehen, und mit den in Aussicht gestellten sonstigen Einlagen des Landes können aus heutiger Sicht die Aufgaben des Jahresarbeitsprogramms 2024 im geplanten Umfang umgesetzt werden.

Karlsruhe, den 28. März 2024

gez.

Dr. Ulrich Maurer

Präsident